

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

Juli 2020

Informationsbrief

2020/2

Seite

Editorial Pfr. Dieter Kuller.....	2
Zum Heimgang von Arno Peter Müller	2
Corona – Krise Pfr. Dieter Kuller.....	2
Was will uns Gott mit der Pandemie sagen? Bernhard Meuser.....	4
Jesus – Versöhner und Spalter? Pfr. Achijah Zorn.....	7
Ökonomische Anerkennung für die Mutterschaft Papst Johannes Paul II. (†).....	9
Vor- und Nachteile der Honorierung von Erziehungsleistung iDAF.....	9
Coronavirus rückt Familienbild und Schulsystem zurecht Heinrich Derksen.....	10
Sind Blasphemie u. Verletzung der Menschenwürde tolerabel? Bolko v. Bonin.....	11
Weißt du, wieviel Sternlein stehen? Pfr. Dr. Tobias Eißler.....	11
Der Herzinfarkt einer blutleeren Kirche Peter Hahne.....	13
Nachrichten	15
Kirche	15
Die Kirchen hätten sich Adolf Hitler verweigern können.....	15
Katholische Bischöfe bekennen Schuld	16
Corona: Die Kirchen haben Autorität verloren	16
Staatsleistungen an die Kirchen: Ablösung für zehn Milliarden Euro.....	17
Ökumene	18
Rat der EKD würdigt Dokument „Gemeinsam am Tisch des Herrn“	18
Warum die „abrahamische Ökumene“ abzulehnen ist.....	19
Bundesverfassungsgericht: Kirchen kritisieren Urteil zur Sterbehilfe.....	19
Ehe und Familie	20
Kinderrechte in das Grundgesetz?.....	20
Staatliche Regelungen wirken sich negativ auf Familien aus	20
„Was Gott nicht segnet, kann die Kirche auch nicht segnen“.....	21
Mehrheit der Deutschen findet Familie jetzt wichtiger.....	22
Kampf für ungeborene Kinder	22
Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen	22
Aufgelesen	23
Corona und Gottesdienste	23
Jeder Dritte für Erlaubnis von Hausunterricht	23
Literaturhinweis	23
Zum Nachdenken, Zum Datenschutz, Impressum	24

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
 inzwischen sind die strengen Auflagen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie etwas gelockert und wir hoffen alle, dass wir weiter Fortschritte zu einem normalen Leben machen können. Nach wie vor bestimmt das Virus das öffentliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben und niemand kann heute sagen, wann und mit welchen Veränderungen unseres Alltags die Pandemie enden wird. In diesem Brief finden Sie mehrere Stellungnahmen zu dem Thema als Information und Hilfe zur eigenen Urteilsfindung. In meinem Beitrag geht es mir v. a. um eine theologische Klärung, ob die Pandemie als Gericht Gottes anzusehen ist. Außerdem haben wir – wie üblich – wichtige Nachrichten aus dem engeren und weiteren Umfeld des kirchlichen Lebens aufgelesen. Auch und gerade im Krisenmodus gilt für uns, was Paulus an die Gemeinde in Philippi schreibt: „Sorgt euch um nichts, sondern in allen Dingen (!) lasst eure Bitten in Gebet und Flehen mit Danksagung vor Gott kundwerden!“ (Phil 4, 6).

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Zum Heimgang von Arno Peter Müller

Herr Arno Peter Müller, Bad Rodach, ist am 25. 12. 2019 verstorben. Wir haben mit ihm ein langjähriges Mitglied des Leitungskreises der Lebendigen Gemeinde München verloren, der unsere Arbeit als tiefgläubiger Christ mit hohem Intellekt begleitet hat. Wir haben seiner in einem Kondolenzschreiben an seine Frau und in der Leitungskreissitzung am 21.1.2020 ehrend gedacht. Wir wissen ihn geborgen bei dem HERRN über Leben und Tod, der von sich sagt: „Ich bin die Auferstehung und das Leben. Wer an mich glaubt, wird leben, auch wenn er stirbt.“ (Joh. 11,25)

Corona – Krise

An Corona kommt heute niemand mehr vorbei. Das Virus beherrscht unser Leben, unsere Arbeit unsere Freizeit. Corona wirkt inzwischen weltweit, es hat alle Länder dieser Erde erfasst. Es ist deshalb besonders gefährlich, weil es unsichtbar und noch unbeherrschbar ist. Mit dem bloßen Auge ist das Virus nicht zu erkennen. Wer infiziert ist sieht und spürt zunächst meist nichts davon. Erst nach einigen Tagen wird die Infektion spürbar, bei den meisten ohne weitere Folgen. Die Infektion kann aber auch tödlich enden. Wir alle kennen die weitreichenden Maßnahmen und Folgen: Millionen Arbeitslose bzw. Kurzarbeitende, Versammlungsverbot, Isolation, Maskenpflicht u. s. w. Alle Länder kämpfen mit existenziellen Problemen, Unsicherheit und Angst breiten sich aus.

Strafgericht Gottes?

Das Wort ‚Krise‘ kommt aus dem Griechischen und heißt auf deutsch ‘Gericht‘. Ist die Corona-Pandemie ein Strafgericht Gottes? Von vielen Theologen wird das strikt verneint. Ihr Argument: „Gott ist die Liebe“ (1. Joh 4,16), er schickt kein Virus, um Menschen zu bestrafen, er hat seinen Sohn Jesus Christus gesandt um Leben zu retten, nicht um es zu vernichten. Das ist richtig, aber die Bibel gibt auch Zeugnis von einem zornigen und strafenden Gott. Für die Propheten des Alten Testaments war das richtende Handeln Gottes eine Selbstverständlichkeit (z.B. Jes 9,7–20; Jer 5-6; Hosea 10) und auch Jesus hat in seinen Predigten dem Ernst des göttlichen Gerichts einen breiten

Raum eingeräumt wie z. B. im Gleichnis vom Weltgericht (Mt 25,31–49), im Gleichnis vom reichen Kornbauern (Lk 12,16–21) und in seiner großen Gerichtspredigt gegen die Schriftgelehrten und Pharisäer (Mt 23).

Das Alte wie das Neue Testament bezeugen nicht nur die Liebe Gottes, sondern auch sein Gerichtshandeln. So könnte auch die Corona-Pandemie ein Gericht Gottes sein. Die Zahlen sind erschreckend. Jeden Tag lesen wir in der Zeitung, wie viele Menschen in Deutschland neu infiziert wurden und wie viele von ihnen die Krankheit nicht überlebt haben: Bis Ende Mai wurden rund 180.000 Menschen infiziert und etwa 8300 sind in Verbindung mit Covid 19 verstorben.

Aber es gibt eine andere Zahl, die uns auch erschrecken sollte. Im gleichen Zeitraum gab es in Deutschland 40.700 Abtreibungen (ideaSpektrum 21/2020). Darüber wird allerdings kaum gesprochen, die Tageszeitungen vermeiden dieses Thema. Weltweit gibt es noch viele andere Gründe für ein Strafgericht Gottes. Doch wir sind nicht zum Richter bestellt und auch nicht berufen Gottes Handlungen zu deuten. Um festzustellen, ob eine Pandemie ein Strafgericht Gottes ist, bedarf es nach allem, was wir in der Bibel lesen, einer besonderen Beauftragung. Die Propheten, die dem Volk Israel Gottes Gericht ansagten, wurden von Gott besonders zu diesem Dienst berufen. Es gibt im Alten Testament eindruckliche Beschreibungen über die Berufung der Propheten, z. B. von Jesaja (Jes 6) oder Jeremia, der sich gegen diesen Predigtauftrag wehrt, aber dann doch dem Volk Israel Gottes Gericht ansagt (Jer. 1). Bekannt ist die Geschichte von Jona, der meinte, er könnte vor Gott davonlaufen und so seiner Berufung entgehen. Er bekam – wie die meisten Propheten des Alten Testaments – den Auftrag Gottes Gericht zu verkündigen (Jona 1). Jesus brauchte kein Berufungserlebnis. Als Gottes Sohn ist er bevollmächtigt (Mt 17,5) sowohl Gottes Barmherzigkeit (Mt 5,7) als auch Gottes Gericht anzusagen. Bis jetzt ist uns niemand bekannt, der heute zu diesem prophetischen Dienst beauftragt und bevollmächtigt wäre.

Corona als Chance

Was die Corona-Pandemie aber zweifellos ist: Ein Anstoß und eine eindringliche Mahnung zur Besinnung und zum Innehalten, um einmal grundsätzlich über unsere Welt und unsere Gesellschaft nachzudenken, über die Verteilung von Wohlstand und Armut, über Ausgaben für Waffen und Bildung, über Natur- und Klimaschutz. Jesus begann seine Verkündigung mit dem Aufruf: „Tut Buße!“ (Mt 4,17), d. h. kehrt um, verlasst den breiten Weg, der zur Verdammnis führt und geht den schmalen Weg, der zum Leben führt (Mt 7,13f).

Was das Virus in diesen Wochen und Monaten auslöst macht uns ratlos. Am schwierigsten zu ertragen ist wohl die Isolation durch Verbot von Besuchen von Familienangehörigen und Freunden und das Versammlungsverbot mit seinen Folgen: Geschlossene Biergärten und Restaurants, Fußballspiele ohne Zuschauer, leere Konzert- und Theatersäle und Museen und auch leere Gottesdienste. Dabei ist die Versammlung der gottesdienstlichen Gemeinde die Voraussetzung christlichen Handelns. Zu Predigt, Abendmahl, Taufe, Trauung und Beerdigung gehört die versammelte Gemeinde. Sie ist „Gottes Ackerfeld und Gottes Bau“ (1. Kor 3,9) und wir sind als Gemeinde „Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen“ (Eph 2,19). Es macht Sinn und rettet Menschenleben, wenn auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie neben anderen Versammlungen auch Gottesdienste untersagt werden. Umso wichtiger und notwendiger ist es, die Gelegenheit zu nutzen, die Jesus uns anbietet. Es gibt die Möglichkeit, dass wir unseren Glauben auch ohne Bezug zur Gemeinde leben und vertiefen.

Jesus sagt in der Bergpredigt: „Wenn du aber betest, so geh in dein Kämmerlein und schließ die Tür zu und bete zu deinem Vater, der im Verborgenen ist; und dein Vater, der in das Verborgene sieht, wird dir's vergelten“ (Mt 6,6). An dieser uns von Jesus eröffneten Beziehung zu seinem und unserem himmlischen Vater kann uns weder Corona noch sonst etwas hindern. Dasselbe gilt auch für das andere Wort Jesu: „Wahrlich, ich sage euch auch: Wenn zwei unter euch eins werden auf Erden, worum sie bitten wollen, so soll es ihnen widerfahren von meinem Vater im Himmel. Denn wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen“ (Mt 18,19f). Inzwischen bilden sich vermehrt Hauskreise, die sich um Gottes Wort und Gebet versammeln. Manches in dieser Zeit erinnert an die Urchristenheit, die auch flexibel und einfallreich ihren Glauben leben musste. Eine neue Möglichkeit in Zeiten der Pandemie zu einem intensiveren gemeinsamen Erleben unseres Glaubens zu kommen sind ‚Streaming‘- und ‚Auto-Gottesdienste‘.

Die Einschränkungen zur Zeit des Höhepunktes der Pandemie können keine Dauerlösung sein. Aber vielleicht lernt die Kirche aus der Krise und besinnt sich wieder etwas mehr auf ihren eigentlichen Auftrag: Die Verkündigung der frohen Botschaft. „Zuletzt, als die Elf zu Tisch saßen, offenbarte Jesus sich ihnen und schalt ihren Unglauben und ihres Herzens Härte, dass sie nicht geglaubt hatten denen, die ihn gesehen hatten als Auferstandenen. Und er sprach zu ihnen: ‚Geht hin in alle Welt und predigt das Evangelium aller Kreatur‘“ (Mk 16,14f). D. K.

(ideaSpektrum) **Was will uns Gott mit der Pandemie sagen?**

Über diese Frage denken 19 Autoren in dem Buch „Gott suchen in der Krise. Glaube und Corona“ nach (SCM R. Brockhaus 160 S. ISBN 978-3-417-26943-7, € 12,99).

Auszüge aus dem Beitrag von Bernhard Meuser.

Die großen metaphysischen Fragen nach dem Woher und Wohin, nach Leben, Tod, Gott sind wieder da. „Was will uns Gott mit der Pandemie sagen?“, fragen uns Leute, mit denen wir uns bisher nur über das Wetter, den Garten und die Urlaubsziele verständigt hatten. Sie fragen uns, als hätten wir einen Informationsvorsprung, als wüssten wir mehr, als hätten wir den Schlüssel zu Corona.

Die Antworten, die Bischöfe und Theologen geben, sind mehr oder weniger hilfreich. Das Erste, was offiziellen Kirchenvertretern häufig zu Corona einfällt, ist eine vorauslaufende Entschuldigung Gottes. Gott habe damit nichts zu tun. Auf keinen Fall dürfe man annehmen, es könne sich um eine „Strafe Gottes“ handeln. Interpretationen dieser Art würden allenfalls theologischen Hardlinern einfallen. „Das Virus“, so ließ sich der Ratsvorsitzende Bedford-Strohm in einem Talk vernehmen, „ist keine Strafe Gottes – wir Christen glauben, dass sich Gott uns in Jesus Christus gezeigt hat“. Ein Virus, das Menschen tötet, könne nicht vom Gott Jesu Christi kommen. „Jesus hat nicht getötet, Jesus hat geheilt.“

Corona und der ferne Gott

Dies erscheint nur auf den ersten Blick plausibel. Natürlich: Gott ist gut; er kann nicht der Urheber von etwas Bösem sein. Das hat schon die frühe Kirche gegen den Irrlehrer Markion festgestellt – er behauptete einen bösen, gesetzlichen Gott des Alten Testaments und einen „guten Gott der Liebe“, den Gott Jesu. Aber Corona ist nun einmal da – als brutale Wirklichkeit. „Wie sich alles verhält, ist Gott. Gott ist, wie sich alles verhält“, stellte der Philosoph Ludwig Wittgenstein (1889–1951) fest. Außerordentliche Erfahrungen von Wirklichkeit sind immer auch Gotteserfahrungen.

Die große Unterbrechung namens Corona – wo kommt sie her? Wenn es nicht Gott ist, der uns in diese Herausforderung gestellt hat, wer dann? Der Teufel? Der Zufall? Der Mensch? Die Natur? Es scheint so, als wären Antworten, die Gott von vornherein aus dem Zusammenhang mit Corona herausnehmen, keine wirkliche Hilfe.

Immer wieder habe ich gehört: „Gott möchte uns mit Corona etwas sagen! ... Gott gibt uns ein Zeichen, dass es so nicht weitergeht! ... Gott rettet uns vor uns selbst!“ Und die Menschen stellen diese Fragen mit einer tastenden Intuition für Gott: „Ist das vielleicht die Strafe Gottes dafür, dass wir den Planeten mit allgemeiner Beteiligung an die Wand fahren?“ Kurz vor dem Abgrund greift uns „jemand“ ins Lenkrad. Und in dieser unerhörten Erschütterung soll Gott nicht systemrelevant sein?

Der strafende Gott

In der Bibel findet sich eine permanente Geschichte von Gesetz und Übertretung, Bundestreue und Verrat. Bestraft Gott nicht auch heute, wo wir uns kollektiv von seinen Geboten abwenden? weil wir von ihm abfallen?

Ein strafender Gott ist eine biblische Realität – nicht nur im Alten Testament. Das Psalmwort „Herr, strafe mich nicht in deinem Zorn und züchtige mich nicht in deinem Grimm!“ (Psalm 6,2) steht für 96 andere Stellen, an denen Worte wie „Strafe“, „strafen“, „bestraft“ benutzt werden, entweder um Gottes Handeln oder das von Gott legitimierte Handeln seiner Diener zu beschreiben. „Strafe“ ergab sich ursprünglich aus der Forderung nach Durchsetzung von Gerechtigkeit; sie trat als Sanktion für böses oder unangemessenes Verhalten auf den Plan. Strafen konnte Gott, und strafen durfte jede Instanz, deren Aufgabe es war, jenen Frieden (wieder-)herzustellen, den Augustinus in seinem Gottesstaat mit „Ruhe der Ordnung“ definierte. Damit die Dinge zwischen Himmel und Erde wieder in ihre natürliche Balance kamen, musste ein Ausgleich geschaffen werden.

Es galt: Es wird bestraft, weil gesündigt wurde (Unrecht begangen worden ist). Die zerstörte Ordnung wurde Fall für Fall saniert durch „Vergeltung“ und „Sühne“, wie wir sie in typischer Weise für eine antike Rechtsordnung im Buch Exodus formuliert finden: „Ist weiterer Schaden entstanden, dann musst du geben: Leben für Leben, Auge für Auge, Zahn für Zahn, Hand für Hand ...“ (2. Mose 21,23–25).

Das Alte Testament darf aber auch als eine Lerngeschichte mit Gott verstanden werden. Das überall bekannte Urmuster einer durch Opfer zu versöhnenden Gottheit wurde Stück um Stück aufgebrochen, dinghafte Kulte durch eine personale Beziehung zu Gott abgelöst. Die urzeitlichen Menschenopfer, denen wir im Isaaksopfer auch biblisch noch begegnen, wurden Schritt für Schritt von Gott her überwunden; sie mussten Tier-, Rauch- und Brandopfern weichen, bis es schließlich im Psalm heißt: „Schlachtopfer willst du nicht, ich würde sie geben, an Brandopfern hast du kein Gefallen. Langsam wurde der Typus angstbesetzter, strafvermeidender „Religion“ ersetzt durch Umkehr in eine richtige Beziehung.

Die Erfindung der Barmherzigkeit

Vollends in ein neues Licht wird die Verarbeitung des Bösen bei Jesus gerückt. Hier erkenne ich drei Schritte: Beginnen wir mit der Bergpredigt. Jesus weiß um die Notwendigkeit des Gesetzes und der Gerechtigkeit. Aber er durchbricht die fatale Logik einer Gesellschaft, die nur auf Gerechtigkeit baut. „Wenn eure Gerechtigkeit nicht weit größer ist als die der Schriftgelehrten und der Pharisäer, werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen“ (Mt 5,20). Jesus will, dass wir an die Bestände gehen: „Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist: Auge für Auge und Zahn für Zahn. Ich aber

sage euch: Leistet dem, der euch etwas Böses antut, keinen Widerstand, sondern wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halt ihm auch die andere hin! Und wenn dich einer vor Gericht bringen will, um dir das Hemd wegzunehmen, dann lass ihm auch den Mantel!“ (Matthäus 5,38-40). Barmherzigkeit will, dass wir nicht bei uns bleiben, dass wir uns vielmehr überschreiten durch das Momentum der Liebe, durch die Erfindung von Barmherzigkeit. Ich liebe den mit Leben gedeckten Spruch des Theologen Friedrich von Bodelschwingh: „Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit ist lieblos, Barmherzigkeit ohne Gerechtigkeit ist entehrend.“

Der zweite Schritt ist die Universalisierung von Schuld. Das Gesetz selektiert die Übertreter und produziert damit weniger die Moral als den Moralismus. Man kann mit dem Finger auf den anderen zeigen, den Bösen, der das Verhängnis über die Gemeinschaft gebracht hat. Wie anders sehen wir Jesus, als er sich angesichts eines Opferfrevels und einer Baukatastrophe – ein Turm am Teich Schiloach stürzte ein und begrub 18 Menschen unter sich – weigerte, einen konkreten Zusammenhang zwischen der Schuld Einzelner und einem Unglück, das sie getroffen hat, herzustellen. „Meint ihr, dass diese Galiläer größere Sünder waren als alle anderen Galiläer, weil das mit ihnen geschehen ist? Nein, sage ich euch, vielmehr werdet ihr alle genauso umkommen, wenn ihr nicht umkehrt“ (Lukas 13,2–3). Gott ist nicht so, dass er sichtbar und konsequent zuschlägt, wo Unrecht geschah. Sonst dürften die Nepper, Schlepper und Drogenhändler ihre Tage nicht auf Segelyachten in der Karibik vollenden. Gott steht dafür, dass das Gute gut und das Böse böse ist. Er steht dafür, dass es ein Gericht geben wird, in dem das Gute belohnt und das Böse bestraft wird. Aber wir sollten nicht unbedingt erwarten, dass dieses Gericht schon hier auf der Erde beginnt.

Die schwarze Brühe der Sünde

Alle sind wir Sünder. Alle sind wir solche, die vor dem Auge des absolut gerechten Gottes ins Nichts sinken. Aber Gott ist eben nicht nur absolut gerecht, sondern auch grenzenlos gut. Der Philosoph Robert Spaemann beschrieb das so: „Wer an Gott glaubt, der glaubt, dass die absolute Macht, die Allmacht, wie wir sagen, und das absolut Gute dieselbe Bedeutung haben: den heiligen Gott.“ So sind wir bei der dritten Neuerung, die mit Jesus gekommen ist: Die Gerechtigkeit und Güte Gottes bleibt kein abstraktes Postulat der Philosophie; sie wird real in Jesus selbst, indem er die Strafe auf sich nimmt, die eigentlich doch die Resultante unseres Versagens ist. Wir sind so frei, uns selbst und unsere Mit- und Umwelt zu zerstören. Selbst Naturkatastrophen – Tsunamis, Erdbeben, Pandemien – sind wie eine tiefgründige Resonanz auf das Böse, das Menschen einander antun. Gott aber tut etwas Unfassbares: Er vernichtet uns nicht. Er schaut auch nicht unbeteiligt zu, indem er sich fein heraushält aus dem Schlamassel. Er lässt die Tragödie der Menschheit an sein Herz voller Barmherzigkeit. Er schickt seinen Sohn zu uns in die Todeszone. Das soll uns sagen: Wo Menschen leiden, da leidet Gott. Gott leidet nicht wie ein Mensch, sondern als ein Mensch, damit wir wissen, wie der Ewige in seinem innersten Wesen ist. Er leidet wie zum Beweis der vollkommenen Liebe, einer Liebe ohne Grenzen, einer Liebe, in der man sein Leben gibt für den anderen. Und er leidet, damit kein Mensch sagen kann: „Ich kenne einen Ort, wo du, Gott, nicht warst: in meinen Schmerzen!“ Nirgends finde ich diese aufregende Botschaft schöner ausgesagt als in Johann Heermanns Choral, der Aufnahme in Bachs Matthäuspassion fand: „Wie wunderbarlich ist doch diese Strafe! / Der gute Hirte leidet für die Schafe, / die Schuld bezahlt der Herre, der Gerechte, / für seine Knechte.“ Und gleichermaßen berührt mich eine Liedzeile von Jochen Klepper

aus „Die Nacht ist vorgedrungen“: „Gott will im Dunkel wohnen / und hat es doch erhellt. / Als wollte er belohnen, so richtet er die Welt.“

Festhalten dürfen wir: Angst vor Strafe sollte es nicht sein, was Christen heute bewegt, mit einem neuen Denken und Handeln aus der Krise herauszukommen. Bestraft wurde Jesus; wir sind befreit zur Auferstehung mit ihm. Statt von Strafe Gottes sollten wir besser über andere Begriffe nachdenken.

(ideaSpektrum) **Jesus – Versöhner und Spalter?**

Die Gesellschaft scheint gespaltener zu sein als je zuvor. Dagegen wird in den Kirchen Jesus Christus als der große Versöhner dargestellt, der nicht spaltet, sondern zusammenführt. Ist das ein angemessenes Jesusbild? Ein Beitrag von Pfarrer Achijah Zorn.

In einer theologischen Zeitschrift wird einem Kirchenfunktionär die Frage gestellt: „Warum überzeugt Sie Jesus?“ Er antwortet: „Mich überzeugt an Jesus, dass er nicht spaltet, sondern zusammenführt.“ Das ist gegenwärtig ein weit verbreitetes Jesusverständnis. Unsere Gesellschaft ist in unterschiedliche Lager zerstritten: Flüchtlingskrise, Islamisierung, Klimawandel, Energiewende, EU-Bürokratismus, Gendersprache – alles Reizthemen, die Menschen gegeneinander aufbringen. Demgegenüber wird Jesus als großer „Zusammenführer“ gepriesen. So wird z. B. in dem Positionspapier „Für die Begegnung mit Muslimen“ (Rheinische Kirche 2018) das Zusammenführende mit dem Islam betont: Es wird die „Wertschätzung der Muslime für Jesus“ gewürdigt und ihre „Bindung an den einen Gott“ anerkannt. Klar, dass unter diesem zusammenführenden Ansatz „Mission“ stört und daher in diesem Papier als Intention abgelehnt wird. Denn gezielte Mission stellt ja den Glauben des anderen infrage, und das könnte auch nicht zusammenführende Folgen haben. Doch ist Jesus im Neuen Testament wirklich der, der nicht spaltet, sondern zusammenführt? Steht nicht das zentrale Liebesgebot (Lk 10,27) genau für diese Einigungskraft des christlichen Glaubens?

Gespalten aus Liebe

Allerdings geschehen gerade im Namen der Liebe immer wieder Spaltungen: Die eine Mutter gibt ihrem Kind Süßigkeiten als Belohnung – natürlich aus Liebe zu ihrem Kind. Die andere Mutter gibt ihrem Kind keinerlei Süßigkeiten – natürlich auch aus Liebe zu ihrem Kind. Beide Mütter handeln aus Liebe. Und doch sind beide gespalten in ihrem Tun. Wem dieses „Liebespaltet-Beispiel“ zu trivial vorkommt, der schaue nur auf die über 10.000 (!) christlichen Konfessionen weltweit. Wohl alle vertreten das Doppelgebot der Liebe, und doch geht es zwischen ihnen oftmals erschreckend gespalten zu. Noch mehr Zweifel kommen mir an der Antwort „Jesus spaltet nicht, sondern führt zusammen“, wenn ich die Evangelien lese. Schon die bloße Geburt Jesu spaltet. Da sind auf der einen Seite die Hirten und Könige, die Jesus anbeten. Und da sind auf der anderen Seite Herodes und seine Gefolgsleute, die gegen Jesus ein schreckliches Blutbad anrichten (Mt 2,1–18). Auch die Worte und Taten Jesu spalten: „Und sie baten Jesus, aus ihrem Gebiet fortzugehen“ (Mk 5,17). Man könnte viele weitere Beispiele nennen, etwa Mk 6,1 ff.; Mt 6,2; 8,12; Joh 14,6. Jesus fasst darum seine eigene Sendung so zusammen: „Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf die Erde ... Denn ich bin gekommen, den Menschen zu entzweien mit seinem Vater und die Tochter mit ihrer Mutter“ (Mt 10,34ff.).

Ideologisches Wunschdenken

Bei diesem eindeutigen biblischen Befund verwundert es, wie man zu der Aussage kommen kann: „Jesus spaltet nicht, sondern führt zusammen.“ Hat dieser einseitige

Satz vielleicht nichts mit dem real existierenden Jesus zu tun, sondern entspringt ideologischem Wunsdenken? Der Wunsch nach einer weltweiten Menschengemeinschaft in Harmonie und Frieden, ohne Klassengegensätze, ohne Grenzen, ohne Spaltungen? Humorvoll provozierend ausgedrückt: Ist das Bekenntnis „Jesus spaltet nicht“ mehr „Jusos“ als Jesus? Zudem ist es das Fatal-Paradoxe, dass es nichts Spaltenderes gibt als das Streben nach einer ungespaltenen Gesellschaft. Denn was ist dann mit den Querdenkern? Störenfriede müssen bekämpft oder ignoriert oder abgespalten werden, denn sie zerstören mit ihrer abweichenden Meinung die gute und richtige Haltung des Mainstreams. In diesem Sinne heißt es dann überraschend intolerant und erschreckend undifferenziert: Kein Podium für messianische Juden oder „Islamophobe“ oder „Rechte“ auf dem Kirchentag. So werden ausgerechnet die Ideologen der ungespaltenen Gesellschaft zu deren Spaltern. Und eine Evangelische Kirche, die durch einen Querdenker gegründet wurde, wird zum aggressiven Bekämpfer von Querdenkern.

Spaltungen akzeptieren

Der neutestamentliche Jesus ist viel lebensfreundlicher und menschengerechter als der kirchlich korrekte Jesus. Er lebt aus der Liebe zu Gott. Und in der tiefen Verbundenheit zu Gott kann Jesus offen und ehrlich Spaltungen akzeptieren, wahrnehmen und benennen. Und darüber hinaus kann er sich sogar selber überraschend herausfordernd, irritierend, verstörend, konfrontativ und auch spalterisch in die Gesellschaft einbringen – aber immer gewaltfrei. Und weil Jesus keine Scheu vor Spaltungen hat, darum geht er offen und ohne Scheu auf die Menschen zu, die von der Gesellschaft abgespalten wurden. Die Ehebrecherin, die Aussätzigen, der Zöllner Zachäus – von der Gemeinschaft ausgestoßen, bei Jesus resozialisiert. Das ist das Wunderbar-Paradoxe: Wer Spaltungen in der Gesellschaft akzeptiert, der braucht keinen Menschen abzuspalten.

Fünf Schritte in der Nachfolge Jesu

In der Nachfolge Jesu möchte ich folgende Schritte lernen:

1. Spaltungen akzeptieren und ehrlich offenlegen. Es braucht nichts unter den Teppich gekehrt zu werden. Wer etwa sagt „Die Wissenschaft hat die alleinige Ursache von CO₂ am Klimawandel bewiesen“, der nimmt nicht offen und ehrlich wahr, dass die Klimawissenschaft noch in den Jugendschuhen steckt und in ihren Prognosen oftmals schwer danebenlag. Auch in der Klimawissenschaft wird durchaus kontroverser diskutiert, als es in manchen Medien und Aktionsbündnissen dargestellt wird.
2. Spaltungen diskutieren, hart, aber fair. Vielleicht sogar würzig mit Salz und Pfeffer in der Sache. Aber immer gewaltfrei. Und immer auch neugierig lernwillig.
3. Wo Spaltungen unüberwindlich sind, da gilt es, trotzdem einen friedlichen Weg miteinander zu finden, und sei es der punktuelle deeskalierende Rückzug.
4. Wo Spaltungen mit Gewalt ausgetragen werden, da muss der Staat mit seinem Gewaltmonopol rigoros eingreifen, egal von welcher Seite die Gewalt ausgeht. Es kann nicht sein, dass mit Antifa-Gewalt gesellschaftlich nachsichtiger umgegangen wird als mit rechtsextremer Gewalt.

Spaltungen niemals mit Gewalt ausgetragen

Ich bin daher ein strikter Gegner davon, dass die Kirche Seite an Seite mit der gewalttätigen Antifa gegen die AfD demonstriert. Die Kirche mag sicherlich gegen manche erschreckenden Seiten in der AfD demonstrieren. Aber niemals gemeinsam mit Menschen, die Autos von Andersdenkenden abfackeln und noch schlimmere Gewalttaten als „heldenhaften Widerstand“ gegen den „Faschismus“ feiern. Antifa-Gewalt ist

genauso schrecklich wie rechtsextreme Gewalt. An diesem Punkt müssen Christen radikal sein: Spaltungen zwischen den Menschen sind unvermeidlich, aber sie dürfen niemals mit Gewalt ausgetragen werden! Jesus erlöst mich nicht von diesem anstrengenden Weg des Umgangs mit Spaltungen. Aber so mühsam dieser Weg ist, er ist letztlich viel spannender und bewegender als eine harmonisch zusammengeführte Gemeinschaft unter gnadenloser Abspaltung alles Trennenden. Und damit komme ich zum Schluss noch einmal auf die eingangs erwähnte Frage zurück: „Warum überzeugt Sie Jesus?“ Ich antworte: „Ich bin begeistert von Jesus, weil er mir den Frieden in Gott schenkt, der mich stärkt, in dieser gebrochenen Welt mit all ihren Spaltungen gelassen, offenherzig, neugierig, streitbar, konstruktiv und gewaltfrei zu leben.“

Ökonomische Anerkennung für die Mutterschaft

Johannes Paul II. (†), im Brief an die Familien vom 2.2.1994, Nr. 17:

„Wenn von der Arbeit in Bezug auf die Familie gesprochen wird, ist es richtig, die Bedeutung und die Belastung der Arbeitstätigkeit der Frauen innerhalb der Kernfamilie hervorzuheben. Sie müsste in höchstem Masse anerkannt und aufgewertet werden. Die Mühen der Frau, die, nachdem sie ein Kind zur Welt gebracht hat, dieses nährt und pflegt und sich besonders in den ersten Jahren um seine Erziehung kümmert, ist so groß, dass sie den Vergleich mit keiner Berufsarbeit zu fürchten brauchen. Die Mutterschaft und all das, was sie an Mühen mit sich bringt, muß auch eine ökonomische Anerkennung erhalten, die wenigstens der anderer Arbeiten entspricht, von denen die Erhaltung der Familie in einer derart heiklen Phase ihrer Existenz abhängt.“

(iDAF) **Vor- und Nachteile der Honorierung von Erziehungsleistung** (leicht gekürzt)

In der Corona-Krise entdeckt die Bundesregierung Konstruktionsfehler des Elterngeldes: Familienministerin Franziska Giffey plant nach Medienberichten einen anderen Berechnungsmodus des Elterngeldes, damit die Einkommenseinbußen infolge der Wirtschaftskrise nicht (voll) auf das Elterngeld durchschlagen.

Das Elterngeld ist eine Lohnersatzleistung, die nach dem Vorbild der Arbeitslosenversicherung konstruiert wurde. Für Mütter, die vor der Geburt des Kindes nicht erwerbstätig waren, gibt es nur einen schmalen Sockelbetrag (300 € plus ggf. 75 € Geschwisterbonus). Für sie herrscht immer Flaute, auch ohne Corona-Krise. Dieser Sockelbetrag kam erst durch den Protest vor allem in der Unionsfraktion in das Gesetz. Erziehungsleistung zählte trotz des Betreuungsurteils des Bundesverfassungsgerichts (fast) nichts, wie auch die Diskussion um das Betreuungsgeld in den Jahren 2006-8 zeigte. Es zählte vor allem die Erwerbstätigkeit, die alles andere strukturiert“.

Diese Benachteiligung nichterwerbstätiger Mütter ist das Programm der „neuen Familienpolitik“ mit dem zentralen Ziel der kontinuierlichen Erwerbstätigkeit von Müttern und der möglichst umfassenden Staatsbetreuung der Kinder. Schon vor der Einführung des Elterngeldes wurde davor gewarnt, dass diese vermeintliche Wohltat junge Mütter, Mütter mit mehreren kleinen Kindern und generell kinderreiche Familien krass benachteilige. Nach seiner Einführung haben diese Auswertungen der statistischen Daten dann auch immer wieder bestätigt. Die verantwortlichen Politiker hat dies nicht interessiert, sie waren und sind offenbar auch heute auf die Steigerung der Müttererwerbstätigkeit fixiert.

Jetzt in der womöglich tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, trifft diese Ideologie auf die raue Wirklichkeit von Rezession, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit. Wie ein

erwerbsabhängiges Elterngeld in einer Rezession wirken kann, hat sich in Schweden schon zu Beginn der 1990er Jahre gezeigt: Es kam zu einem massiven Aufschub von Familiengründungen und einem drastischen Rückgang der Geburtenrate. Im benachbarten Finnland blieb die Geburtenrate dagegen stabil. Dort zahlte der Staat ein Betreuungsgeld für die häusliche Erziehung von Kleinkindern, das mehr war als ein Taschengeld (327 Euro pro Kind). Ähnliche Betreuungsgelder wie in Finnland gibt es auch in Frankreich (bis zu rund 500 Euro) und Tschechien. In Deutschland gibt es nur auf Landesebene in Bayern ein Betreuungsgeld. Gerade in Krisenzeiten wie jetzt könnte die finanzielle Anerkennung der Erziehungsleistung dazu beitragen, Familien zu stabilisieren und Familiengründungen zu erleichtern. Für die umlagefinanzierten Sozialsysteme wäre das im wahrsten Sinn des Wortes systemrelevant und bestandserhaltend, wie das Bundesverfassungsgericht argumentiert.

(Siehe hierzu auch „Vom Wert der Familie“ im InfoBrief 2018/3)

(idea) **Das Coronavirus rückt das Familienbild und unser Schulsystem zurecht**

Zu den Auswirkungen der Corona-Krise ein Kommentar des fünffachen Vaters Heinrich Derksen. Er ist Direktor des Bibelseminars Bonn.

Jahrzehntelang haben wir versucht, unserer Gesellschaft zu erklären, wie wichtig Arbeit, Leistung und Erfolg sind und dass wir deswegen Kitas, Horts und Ganztagschulen brauchen. Zunächst sollten wir auch festhalten, dass wir sie wirklich brauchen und dankbar sind, dass es diese Einrichtungen mit dem gut geschulten Personal an Erziehern und Lehrern gibt.

Plötzlich sind wieder die Eltern gefragt

Dennoch wird uns in Zeiten von Corona bewusst, dass die Familie und die Eltern wichtiger sind. Die Schulen und Kitas sind zu! Wohin mit den Kindern? Plötzlich sind viele aufgeschmissen. Nicht nur, weil sie Beruf und Betreuung von Kindern nicht gewährleisten können, sondern auch, weil sie nicht wissen, was sie mit den Kindern den ganzen Tag machen sollen. Kann es sein, dass der Staat und die Gesellschaft hier bereits versäumt haben, lange vor Corona die Familien und das Elternhaus zu stärken? Zunehmend wurden Stimmen laut, dass die Erziehung und Bildung noch stärker vom Staat ausgehen soll. Aber in Zeiten von Corona will keiner die Kinder erziehen und betreuen. Da sind plötzlich wieder die Eltern gefragt, und die sind vielfach überfordert! Jetzt werden Notprogramme gestrickt. Aber viele Eltern und teilweise die Kinder sind sich selbst überlassen.

Der Staat sollte aus dieser Krise lernen und mehr Geld und Ressourcen in eine gute Familienpolitik investieren. Eine gesunde Gesellschaft besteht aus gesunden Familien. Das haben Studien lange vor Corona bestätigt.

Die Schulpflicht lockern und Hausschulunterricht zulassen

Und außerdem: Warum hat sich ein Staat so vehement gegen Hausschulunterricht gewehrt? Statt proaktiv Alternativen aufzubauen und auszuprobieren, wurden Bußgelder und Strafen gegen Eltern verhängt, die ihre Kinder zu Hause unterrichtet haben. Unterrichtspflicht ist wichtig, aber die Form ist nicht entscheidend, solange ein guter Unterricht und nachhaltige Bildung gewährt werden. Dafür gibt es beste Beispiele aus anderen Ländern. Ich bin nicht per se Befürworter des Hausunterrichts, aber ihn zu verbieten ist spätestens mit Corona vorbei. Jetzt sitzen die Kinder zu Hause, die Schulen sind zu und die Eltern, aber auch die Lehrer sind überfordert. Die Länder und der Bund sollten hier dringend nachbessern. Sie sollten in die digitale Entwicklung der

Schulen investieren und alternative Bildungsmöglichkeiten wie den Hausunterricht mit sinnvollen Strukturen erarbeiten.

Sind Blasphemie und Verletzung der Menschenwürde tolerabel?

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, wie sie in unserem Grundgesetz und in der EU-Grundrechtecharta verankert ist, wurzelt ideengeschichtlich im uralten Schöpfungsglauben von der Gottebenbildlichkeit des Menschen, in den biblischen zehn Geboten und der Nächstenliebe.

Die Grundrechte beinhalten Religions- und Meinungsfreiheit. Letztere schließt das Recht auf Kritik ein – auch an Regierungen, Autoritäten und Religionsgemeinschaften. Bei grundgesetzwidrigen Bestrebungen und wenn Macht missbraucht wird, ist Kritik als Korrektiv sogar systemrelevant. Kritik darf aber nicht in Gotteslästerung ausarten, sowie religiöse Gefühle und damit das hohe Gut der Menschenwürde verletzen. Auch für ein gedeihliches Zusammenleben ist die Respektierung der Würde jeder Person essentiell, unabhängig davon, ob und was diese glaubt, woher sie kommt, welche Hautfarbe oder wieviel Geld sie hat und welche Politik sie vertritt. Nur wenn man dem Mitmenschen - auch bei gewichtigen Differenzen - respektvoll begegnet sind Dialoge möglich, die beiderseitig Verständnis und Achtung fördern (vgl. 1.Petr 3,10-17). Verachtung und Hass verstellen jedoch diesen Weg. Deshalb sind hasserfüllte, die Menschenwürde verletzende Angriffe - besonders die feige-anonymen im Internet - Anlass zu großer Sorge: denn so wachsen Hass und Intoleranz und damit der Nährboden für terroristische Bluttaten.

Was als *‘Freiheit der Meinung und der Kunst‘* rechtlich toleriert wird, lässt viel Gestaltungsspielraum. Gerichte urteilen auf der Basis von Gesetzen, und so ist es Aufgabe des Gesetzgebers Abhilfe zu schaffen, wenn Respekt und Anstand keine maßgebenden Kriterien mehr sind. Wie sehr fehlender Respekt vor der Würde des Menschen freiheitliche Grundordnungen gefährden kann, wissen wir aus unserer Geschichte und können es aktuell in anderen Ländern beobachten.

So zeigt sich erneut, dass die Gottebenbildlichkeit des Menschen, die 10 Gebote und die Nächstenliebe nicht nur wesentliche Aspekte des biblischen Glaubens, sondern auch des irdischen Miteinanders sind. vB

Weißt du, wieviel Sternlein stehen?

Gegen die neue „Rechtschreibung“ und das, was hinter ihr steckt

Ein Einspruch von Pfr. Dr. Tobias Eißler (gekürzt)

(Netzwerk Bibel und Bekenntnis)

Das Fortbildungsheft der württembergischen Landeskirche 2020 ist nicht mehr für Pfarrer bestimmt. Nein. Sondern für Pfarrer*innen. Die Ausschreibung einer Stelle für eine Erzieherin im evangelischen Kindergarten richtet sich nicht mehr an mögliche Interessentinnen. Nein. Sondern an Personen männlichen, weiblichen oder diversen Geschlechts (m-w-d). Gemäß einer Empfehlung der Kirchenverwaltung.

Dieser „Neusprech“ bzw. „Neuschreib“ taucht nicht nur vermehrt in der württembergischen Landeskirche auf, sondern in allen Kirchen der westlichen Welt.

Macht das Lesen Spaß, wenn man lauter Sternchen sieht? Wie soll der neue Sternchenbegriff ausgesprochen werden? Wer hat die Sternchen-Schreibweise verordnet?

Es gibt Menschen, die sich mit der Gender-Ideologie genauer befasst haben. Und die sie genau deswegen ablehnen. Vielleicht möchten die Befürworter das Bundesverfassungsgericht ins Feld führen. Das höchste deutsche Gericht hat erklärt, im Personenstandsregister müsse ein Geschlechtseintrag möglich sein auch für Personen, die sich nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen. Die Kategorie „divers“ soll diese Not beheben, Doch welche konkreten Menschen sollen damit gemeint sein? Wer bezeichnet sich als „divers“?

Vielleicht haben wir uns schon einmal mit einer Person unterhalten, die sich zum gleichen Geschlecht hingezogen fühlt. Gerade für sie spielt die *Unterscheidung* zwischen den Geschlechtern eine große Rolle. Vielleicht hat sich uns schon jemand vorgestellt, der das Geschlecht gewechselt hat. Gerade der Wechsel signalisiert ein starkes Bewusstsein für die unterschiedliche *Eigenart* der Geschlechter. Wenn diese Personengruppen also definitiv nicht gemeint sein können, wer dann?

Es ginge um „Intersexuelle“, wird argumentiert, bei denen die Zuordnung zu einem Geschlecht medizinisch nicht möglich sei. Ein Kinderarzt einer Universitätsklinik erklärt auf Nachfrage, dass auch bei Störungen der geschlechtstypischen Entwicklung des Menschen eine Zuordnung zu einem Geschlecht immer möglich sei. Zudem trete das Phänomen sehr selten auf. Demnach beschreibt der Begriff „Intersexualität“ keine biologische Gegebenheit. Sondern ein Problem auf einer anderen Ebene.

Eine verschwindend kleine Personengruppe hat das Problem, sich weder als Mann noch als Frau verstehen zu können oder verstehen zu wollen. Deswegen ist eine neue Kategorisierung der Menschheit nötig?

Das glauben diejenigen, die es fordern, selber nicht. Vorkämpfer der Gender-Ideologie sagen offen, dass es ihnen nicht um das medizinisch Feststellbare geht. Auch nicht um die Überwindung von leidvollen Irritationen im Blick auf die eigene Identität. Sondern um die grundsätzliche Infragestellung der Binarität, sprich: des Menschseins als Mann und als Frau. Diese natürliche Vorgabe für jedes Menschengeschöpf wird als Problem und als Einengung empfunden. Also denkt man sich den Menschen als ein Wesen, das unabhängig sei von der Zuordnung zu einem Geschlecht. Die bisherige allgemeine Sichtweise sei ein kulturelles und denkerisches Konstrukt, wird behauptet.

In Wahrheit ist es ganz genau umgekehrt. Wer meint, dem Menschen dutzende verschiedener Geschlechtsidentitäten zuschreiben zu können, lebt in der Scheinwelt seiner denkerischen Konstrukte. Die Genom-Forschung, die Gehirnforschung, die Verhaltensforschung und damit das wissenschaftlich Objektive spricht eine andere Sprache. Der Alltag einer 7,7 Milliarden-Menschheit sieht anders aus. Männer und Frauen nehmen sich als Männer und Frauen wahr. Die jederzeit in jedem sozialen Gefüge erfahrbare Polarität der Geschlechter stimmt überein mit der Information des lebendigen Gottes für seine Erdbewohner: „Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau.“ (1.Mose 1,27) Keine Silbe findet sich in dieser Information über ein angebliches drittes Geschlecht. Schmerzliche Defizite im Blick auf ein männliches oder weibliches Identitätsbewusstsein begründen keinen neuen Menschentypus. Wer solches dennoch behauptet gegen die klare biblische Auskunft, weiß offenbar besser Bescheid als der Schöpfer.

Typisch für Ideologie ist die Vermeidung kritischer Diskussion. An keiner Stelle wird ein offenes Gespräch über die Pseudowissenschaftlichkeit und den Hintergrund jener Denkbewegung geführt, die wesentlich von der lesbisch lebenden Professorin Judith Butler ausgeht. Es wird nicht erörtert und argumentiert, sondern das Abstruse als

Selbstverständlichkeit präsentiert und damit indoktriniert. Jeder, der anderer Meinung ist, muss damit rechnen, mit dem Begriff „Diskriminierung“ angegriffen zu werden. Als ob immer alle denkbaren Spezifikationen des Menschseins erwähnt werden könnten und müssten. Als ob biblisch gebildete und pädagogisch weise Verantwortliche nicht das gute Recht hätten, eine Person, die sich über ihre eigene Identität nicht im Klaren ist, für die Erziehung von Kindern für ungeeignet zu halten. Der Diskriminierungsbegriff verschleiert seine eigene Intoleranz und Aggressivität: dass er nämlich jemanden, der die Gender-Ideologie aus guten Gründen nicht teilt, als moralisch verwerflich und tendenziell böswillig hinstellt. An die Stelle von offener Meinungsverschiedenheit und Schlagabtausch tritt ein autoritärer Wahrheitsanspruch in Verbindung mit einem absoluten Werturteil. Dieses wird abgesichert und bewehrt durch die Androhung von rechtlichen Schritten. Ideologie lebt vom Geschäft mit der Angst. Die Schrift lehrt. Gottes Wort klärt. Der Leser wird aufgeklärt darüber, dass Gender-Theorie einen Angriff auf den Schöpfer und seine weisen Gedanken darstellt. Und eine Absage an das Natürliche, Erfahrbare und Erforschbare. Deshalb gehören Sternchen nicht zu einer neuen deutschen Rechtschreibung. Sie gehören überhaupt nicht in Texte. Vor allem nicht in kirchliche. Als Verzierung auf der Weihnachtskarte sind sie akzeptabel. Auch als Erinnerung an den Blick in den Sternenhimmel und damit an das Staunen darüber, wie unermesslich, gewaltig und klug der Schöpfer allen Lebens sein muss: „Weißt du, wieviel Sternlein stehen?“

(ideaSpektrum) **Der Herzinfarkt einer blutleeren Kirche**

Kirche: „Seid ihr noch ganz bei Trost!“, ruft Bestsellerautor Peter Hahne in seinem neuen Buch angesichts der Entwicklungen in Kirche und Gesellschaft. - Auszüge: Wofür ist eigentlich die kirchliche Kanzel da? Nicht nur der Sozialdemokrat Helmut Schmidt (1918–2015) bemängelte einst als Kanzler, „eine Predigt ist etwas anderes als die Tagesschau“. Ihm seien die Gottesdienste viel zu politisch. Doch es gibt kaum Pfarrer, die im Laufe ihrer Ansprache nicht irgendwann den Hebel umlegen – weg vom Bibeltext Richtung Parteipolitik. Nur an ein Weihnachtsfest kann ich mich erinnern, an dem eine einfühlsam predigende, an der Bibel orientierte Pastorin es fertigbrachte, eine ganze Ansprache lang ohne die Wörter Flüchtling, Seenot, Klimakatastrophe, Rechtsradikalismus oder Migration auszukommen. Der liberale Chefredakteur der WELT, Ulf Poschardt, löste Weihnachten 2017 eine tsunamiartige Debatte aus, als er nach dem Kirchenbesuch twitterte: „Wer soll eigentlich noch freiwillig in eine Christmette gehen, wenn er am Ende der Predigt denkt, er hat einen Abend bei den Jusos beziehungsweise der Grünen Jugend verbracht?!“

Solange das Steuergeld noch sprudelt ...

Kein Wunder, dass die Kirchen eine nie geahnte Massenflucht erleben: Allein 2018 traten aus der katholischen Kirche 216.000 Mitglieder aus (29 % mehr als 2017), 220.000 aus der evangelischen (11,6 % mehr). Insgesamt 436.000 Austritte! Eine Großstadt! Und die Evangelische Kirche in Deutschland lässt verlautbaren, als sei nichts geschehen: Die Gottesdienstzahlen zeigten doch, „dass die Kirchengaustritte das Engagement für den Glauben und das Leben in der Kirche keineswegs bremsen“. Welche Gottesdienstzahlen? Man hat den Schuss immer noch nicht gehört?! Die WELT kommentiert treffend: „Solange das Steuergeld noch sprudelt, schlafen Kirchen weiter – ohne jede Existenzangst.“

Nachdenkenswert der Standpunkt des dänischen Philosophen Søren Kierkegaard (1813–1855) auf dem Höhepunkt der Liberalisierung der skandinavischen Kirchen. Er schrieb 1854 in seiner Streitschrift „Der Augenblick“: „Dadurch, dass du es bleiben lässt, am öffentlichen Gottesdienst teilzunehmen ..., hast du beständig eine, und zwar eine schwere Schuld weniger: Du nimmst nicht daran teil, Gott zum Narren zu halten.“

Gottesdienstbesuch: ein Desaster

Was ist eigentlich die Mitte einer christlichen Konfession? Wo schlägt das Herz? Wo ist das Zentrum für die Gläubigen, woran wird Kirche sichtbar? Jedes Kind kennt die Antwort, jeder Atheist weiß sie: Es ist der Gottesdienst! Der Markenkern einer Kirche – und darin ist sie konkurrenzlos – ist der sonntägliche Gottesdienst.

Von Anbeginn ist das so: Hier versammeln sich Menschen, um Gottes Wort zu hören, zu singen und zu beten, zu taufen und das Heilige Abendmahl zu feiern. Der neomarxistische Philosoph Jürgen Habermas bezeichnete das in seiner historischen Disputation mit dem damaligen Kardinal Joseph Ratzinger die Christen gegenüber allen anderen auf der Welt haben: diese zweckfreie Gemeinschaft“.

Umso erschütternder und bezeichnender, wenn man sich die Statistiken anschaut: Im Jahr 2017 gingen durchschnittlich nur noch 3,3% der knapp 22 Millionen Mitglieder der evangelischen Kirche in den Gottesdienst. Ganze 734.000 von 22 Millionen, ein Desaster. Müsste sich die Kirche davon finanzieren, sie wäre längst pleite. Seit Jahren befindet sich der Gottesdienstbesuch im freien Fall. Von den 23 Millionen Katholiken in Deutschland gehen immerhin (2017) noch 9,8% zur Messe, erstmals liegt der Anteil der Kirchgänger jedoch unter der Zehn-Prozent-Marke.

Wo sind die kirchlichen Mitarbeiter am Sonntag?

Die EKD und die Landeskirchen zum Beispiel haben zusammen rund 241.000 hauptamtliche Mitarbeiter, so die offizielle Statistik „Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben 2019“. Dazu kommen, exakt gezählt, 1.098.157 Ehrenamtliche. Die evangelische Diakonie hat zudem 525.707 Beschäftigte und rund 700.000 Ehrenamtliche. Das sind also die Leute, die direkt von der Kirche leben beziehungsweise mit ihr eng verbunden sind. Will heißen: Nähmen die, was man erwarten könnte, am Herzstück kirchlichen Lebens, dem sonntäglichen Gottesdienst, teil, die Besucherzahl wäre erheblich höher. Ohne Worte!

Einzig die Kirchentage waren (!) es, die diese erbärmliche Statistik aufzuhübschen verstanden. Da herrschte, von öffentlich-rechtlichen Medien breit übertragen, tagelang der Eindruck: Kirche ist das Lebendigste, Jüngste und Bestbesuchte, was man sich neben dem Sport vorstellen kann.

Doch der Gottesdienst? Er wird meist zum Abschluss eines Kirchentages als eindeutiger Höhepunkt gefeiert. Vom Dortmunder Kirchentag 2019 berichtet das katholische Blatt Publik-Forum, das nicht durch besonders konservative Kritik auffällt: „Halb leer war das Borussen-Stadion beim Schlussgottesdienst, der nicht nur in der Kirchentagslogik, sondern auch im christlichen Selbstverständnis den Höhepunkt der Treffen darstellt.“ Der Kommentator fragt sich, was diese erschreckende Tatsache bedeutet: „Zeigt sich darin nur die verständliche Erschöpfung der Teilnehmenden nach fünf dichten Tagen? ... Oder symbolisiert das halbleere Stadion, dass das Feiern von Gottesdienst und das Bekenntnis zur Kirche für viele verzichtbar sind?“

Das große Jubeljahr 2017

Ähnliches konnte man ausgerechnet auch im Luther-Jubeljahr 2017 beobachten: Während zuvor über 100.000 politisierte Obama-Fans ans Berliner Brandenburger Tor

pilgerten, eine Veranstaltung, deren Absender „Kirche“ außer durch Anwesenheit eines Bischofs durch nichts zu erkennen war, blieben beim Schlussgottesdienst auf den menschenleeren Elbwiesen von Wittenberg ein paar Jesus-Fans unter sich.

Das Fernsehen korrigierte in der Live-Übertragung mehrmals die Zahlen nach unten, zum Beweis flog ein Hubschrauber des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums (DLR) über das Gelände. Bilder sagen mehr als tausend Worte.

Die ZEIT schrieb am 31. Mai 2017 einen aufschlussreichen Artikel („eine wunderbare Vermehrung von Teilnehmern“), wie aus zunächst 250.000 möglichen Besuchern offiziell 120.000 wurden, die in Wahrheit zu 25.000 (!) zusammenschumpften ... Eine kraftvolle Predigt über das achte Gebot hätte den Organisatoren helfen können! Hat Gottesdienst keine Konjunktur? Im Gegenteil! Wo das Evangelium der Bibel, die Frohe Botschaft und gute Nachricht von Jesus Christus, in des Wortes bester Bedeutung verkündigt wird, sind die Gottesdienste voll. Da, wo jenseits von Tagesaktualität und Parteipolitik, jenseits dieser elenden Rechthaberei und ideologischen Belehrungen das Wort Gottes im Mittelpunkt steht und die Seele des Menschen angesprochen wird, da ist was los. Ich erlebe das immer wieder dankbar.

Ist die Kirche noch bei Trost?

Nach den Erfolgen der AfD in den östlichen Bundesländern forderten Bischöfe von den Kanzeln herab von den Politikern „eine hohe Sensibilität für die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, Sicherheit und einem gerechten Miteinander“. Bleibt die bescheidene Frage: Wo gehen Kirchen denn auf diese Sehnsüchte ein? Auf die Sehnsucht nach Vergebung der Schuld und Sorge für die Seele, nach Hoffnung über den Tod hinaus, nach Lebenssinn und dem Wunsch, Gott und den Menschen gerecht zu werden?

Will die Institution Kirche also keinen Herzinfarkt erleiden, gibt es nur einen Weg: weg von all dem, was Sprachpolizei, Genderwahn, Tagespolitik oder Theologenwillkür einem vorgeben. Diese Pseudoreligion hat sich längst mit ihrer blutarmen Theologie der leeren Kirchenbänke als Totengräber einer lebendigen Gemeinde erwiesen. Zeitgemäß und modern soll es sein, richtig. Aber nicht modisch und dem Zeitgeist angepasst. Seid ihr noch bei Trost, mit all diesem parteipolitischen Allotria das letzte Dach, unter dem sich alle jenseits politischer Präferenzen zusammenfinden können, abzufackeln? Sucht den Trost, wo er zu finden ist: im Heiligen Geist, der in der Bibel „der Tröster“ heißt.

Nachrichten

Kirche

(idea) Die Kirchen hätten sich Adolf Hitler verweigern können

Wenn sich die evangelische und die katholische Kirche dem Diktator Adolf Hitler verweigert hätten, wäre dies für den Nationalsozialismus zum Fiasko geworden. Diese Ansicht vertritt der Professor für Neuere Geschichte, Manfred Gailus in einem Interview mit idea. Es wäre möglich gewesen zu protestieren, so Gailus, denn während der Zeit des Nationalsozialismus gehörten 95% der Bevölkerung den beiden Volkskirchen an „Christen müssen auch öffentlich zu ihren Überzeugungen stehen. Viele Christen haben in dieser Stunde versagt.“ Anstatt zu protestieren, hätten die Kirchen laviert, Kompromisse gemacht und in erster Linie danach getrachtet, sich selbst zu erhalten.

Widerstand war die absolute Ausnahme

Die evang. Kirche habe sich während des Nationalsozialismus in drei Lager aufgeteilt: Die Deutschen Christen hätten die Maßnahmen gegen Juden mit Worten und Taten unterstützt. Die „neutrale Mehrheit“ in der Kirche sei vielfach von einem christlichen Antijudaismus geprägt gewesen. Diese Christen seien zwar gegen Gewalt gewesen, hätten aber die Ausgrenzung oder erzwungene Auswanderung der Juden begrüßt.

Die Bekennende Kirche sei in der „Judenfrage“ uneins gewesen. Die einen hätten sich nur für Juden eingesetzt, die zum Christentum konvertiert waren, andere hätten sich zugunsten aller Juden ausgesprochen. Der Bekennenden Kirche sei es aber nicht gelungen, mit einer Stimme zu dem Thema zu sprechen.

Heute werde in den Kirchen bevorzugt an Widerstandskämpfer wie Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) oder Martin Niemöller (1892–1984) erinnert, so Gailus. Diese Rückschau an Vertreter der Bekennenden Kirche sei angenehmer als die an die „Deutschen Christen“. Dadurch entstehe jedoch eine schiefe Auffassung über die Rolle der Kirchen im Dritten Reich.

Viele meinen, die Kirche habe sich im Großen und Ganzen bewährt oder sogar Widerstand gegen Hitler gezeigt. Dieser sei jedoch die absolute Ausnahme gewesen.

Viele Pfarrer glaubten an den Nationalsozialismus

Gailus zufolge hat es bei vielen evang. Pfarrern während des Nationalsozialismus eine „doppelte Gläubigkeit“ gegeben. Sie hätten sowohl an Gott als auch an die deutsche Nation geglaubt. Der nationalsozialistische Glaube an die Überlegenheit der nordischen Rasse habe sich zu einer „politischen Religion“ verdichtet.

Die römisch-katholische Kirche stehe im Vergleich zur evang. Kirche besser da, weil es in ihr keine Massenbewegung wie die Deutschen Christen gab, die in vielen evang. Landeskirchen im Kirchenregiment gesessen haben.

Kirchliche Entnazifizierung: Es gab viel Verdrängung

Kritik übte Gailus auch an der kirchlichen Entnazifizierung in der Nachkriegszeit. Es habe viel Verdrängung und Verschweigen gegeben. Die höchste Strafe für Verfehlungen von „Nazipfarrern“ sei in der Regel die Versetzung in ein anderes Pfarramt gewesen. Nur wenigen Pfarrern seien die Rechte des geistlichen Standes aberkannt worden. Nach wenigen Jahren hätten sie diese wieder zurückerhalten. Zudem komme die Aufarbeitung häufig aus den Universitäten, aber nicht so sehr aus den Kirchen selbst. Es falle den Kirchen schwer, eigenes Versagen einzugestehen.

(SZ) Katholische Bischöfe bekennen Schuld

Die deutschen kath. Bischöfe haben sich zu Verfehlungen ihrer Vorgänger im Zweiten Weltkrieg bekannt. „Indem die Bischöfe dem Krieg kein eindeutiges Nein entgegenstellten, sondern die meisten von ihnen den Willen zum Durchhalten stärkten, machten sie sich mitschuldig am Krieg“, heißt es in einem Wort der Bischofskonferenz zum Kriegsende vor 75 Jahren. „Auch gegen die ungeheuerlichen Verbrechen an den als ‘rassenfremd‘ diskriminierten und verfolgten Anderen, insbesondere den Juden, erhob sich in der Kirche in Deutschland kaum eine Stimme“.

(SZ) Corona: Die Kirchen haben Autorität verloren

Der Journalist und Jurist Heribert Prantl schreibt: „*Der demokratische Staat ist kein paternalistisches Projekt. Er lebt von der Mündigkeit seiner Bürger. Er erträgt vielleicht kurzzeitig einen Mundschutz, aber nicht die Entmündigung der Gesellschaft*“.

Das gilt auch für die Kirchen. Diese nehmen – so Prantl - die Einschränkungen der Religionsfreiheit wegen der Corona-Pandemie zu bereitwillig hin. So hätten sie „schicksalsergeben“ darauf reagiert, dass der Staat Versammlungen zum Gebet verboten habe, während Geschäfte schon wieder geöffnet werden durften. Das wurde als Akt der Nächstenliebe bezeichnet, aber die Kirchen hätten Autorität verloren. Prantl kritisiert auch die Empfehlung der Kirchen, dass Angehörige von „Risikogruppen“ nicht an den Gottesdiensten teilnehmen sollten. Das klinge fürsorglich, aber es stelle sich die Frage, ob die Betroffenen über ihren Schutz nicht selber entscheiden könnten. *„Reicht es nicht, wenn sie tun, was sie längst tun: Hände waschen und Abstand halten?“ In dieser Frage dürfe man „ruhig auf die kluge Freiheit der Christenmenschen und auf ihren Verstand setzen.“*

(idea) Staatsleistungen an die Kirchen: Ablösung für zehn Milliarden Euro

Die Bundestagsfraktionen von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben am 13. März einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen vorgestellt. Er sieht vor, dass die Bundesländer Gesetze zur Ablösung der Staatsleistungen erlassen und die Ablösung binnen 20 Jahren abschließen.

Derzeit zahlen die Bundesländer jährlich etwa 550 Mio Euro an die evangelischen Landeskirchen sowie die römisch-katholischen (Erz-)Bistümer. Der Gesetzentwurf der Oppositionsparteien sieht bei der Berechnung der Ablösung den 18,6-fachen Wert der Jahreszahlung vor. Das entspricht einer Einmalzahlung von 10,23 Milliarden Euro.

Für die Regelung der Ablösung müssten die Bundesländer jeweils Verträge mit den Kirchen aushandeln. Das solle binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten des Bundestagsbeschlusses erfolgen.

Der religionspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Stefan Ruppert, erklärte, der Gesetzentwurf biete für die Bundesländer Leitplanken und gebe zugleich Verhandlungsspielraum für die Gestaltung der Details. Auch für die Kirchen sei die angebotene Lösung positiv. Sie erhielten Rechtssicherheit und könnten sich langfristig auf die endgültige Ablösung einstellen.

Mit der Summe komme man den Kirchen ebenso entgegen. Der Faktor 18,6 sei ein Mittelwert und orientiere sich an den langfristigen Zinsen für 20 Jahre. Würde man die jetzige Niedrigzinsphase zugrunde legen, hätten die Kirchen geringere Einnahmen.

Linke: Kirchen können vom Staat nicht „bis in alle Ewigkeit“ Gelder erhalten

Die religionspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion „Die Linke“, Christine Buchholz, erklärte, es sei „nicht vermittelbar, warum die Kirchen Gelder bis in alle Ewigkeit erhalten sollen“. Zugleich betonte sie, dass sie die „wichtige gesellschaftliche Funktion der Kirchen“ anerkenne.

Grüne: Kein „Hauruck-Verfahren“, sondern ein geordneter Übergang

Der Beauftragte für Religion und Weltanschauungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Konstantin von Notz, bezeichnete die Ablösung als „überfällig“. Sie solle jedoch nicht im „Hauruck-Verfahren“ erfolgen. Das geplante Gesetz wolle die Staatsleistungen nicht kappen, sondern für einen geordneten Übergang sorgen.

Die Staatsleistungen gehen zurück auf den sogenannten Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Damals waren als Entschädigung für die Enteignung von Kirchengütern zeitlich unbegrenzte Zahlungen des Staates an die Kirchen vereinbart worden. Diese Zuwendungen leisten die Bundesländer – mit Ausnahme von Bremen und

Hamburg – als Rechtsnachfolger der damaligen Bundesländer. Seit 1949 flossen etwa 17,9 Milliarden Euro an die Kirchen.

EKD: Gesetzesentwurf ist „hilfreich“

Die EKD begrüßte den vorgelegten Entwurf. Er biete „einen hilfreichen Anknüpfungspunkt für weitere notwendige Erörterungen“, sagte eine EKD-Sprecherin gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Eine Ablösung könne nur über Verhandlungen zwischen Bundesländern und Landeskirchen erfolgen.

Bei dem kirchen- und religionspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Lars Castellucci, stieß der Gesetzesentwurf hingegen auf Kritik. Auf idea-Anfrage erklärte er, es gebe derzeit wichtigere Themen. Richtig sei, dass die Staatsleistungen leistungsangemessen abgelöst werden müssen. Dadurch kämen auf die Bundesländer erhebliche Summen zu.

AfD will eigenen Gesetzesentwurf einbringen

Der kirchenpolitische Sprecher der AfD Bundestagsfraktion, Volker Münz, kündigte gegenüber idea einen eigenen Gesetzesentwurf seiner Fraktion an. Dieser setzt sich für eine Zahlung der Staatsleistungen „längstens bis zum 31. Dezember 2026“ ein. Damit seien die Leistungspflichten gegenüber den Kirchen abgegolten.

Der Staat habe die Kirchen mit den seit über 200 Jahre lang geleisteten Zahlungen bereits vollständig entschädigt. Es gebe keinen Rechtsgrund, weiter an der Zahlung festzuhalten. Es gehe der AfD nicht darum, die Kirchen oder den christlichen Glauben zu schwächen sondern um eine „Entflechtung von Staat und Kirche“, betonte Münz.

Begünstigt durch die weiterhin gute Finanzausstattung infolge des gestiegenen Einkommensteueraufkommens würden sich die Kirchen auch Aufgaben zuwenden, die mit ihrem eigentlichen Auftrag nichts zu tun hätten. So könne sich die EKD ein Gender-Institut leisten. Münz: „Eine Konzentration auf das Eigentliche wäre zum Vorteil für die Kirchen.“

Ökumene

(idea) Rat der EKD würdigt Dokument „Gemeinsam am Tisch des Herrn“

Der Rat der EKD hat das Votum des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen (ÖAK) „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ gewürdigt.

Darin bezeichnet der Arbeitskreis „die Praxis der wechselseitigen Teilnahme an den Feiern von Abendmahl/Eucharistie in Achtung der je anderen liturgischen Traditionen als theologisch begründet. Sie ist insbesondere in der Situation konfessionsverschiedener Familien pastoral geboten.“

Der Rat der EKD verabschiedete eine Stellungnahme zu dem Dokument. Es sei eine theologisch konsequente Fortsetzung auf dem gemeinsamen Weg, den die evangelische und die römisch-katholische Kirche zusammen mit anderen Konfessionen mit ihrer wechselseitigen Anerkennung der Taufe 2007 beschritten hätten.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (München), äußerte sich ebenfalls dankbar für den Studientext: „Mit dem Votum des ÖAK liegt nun erstmals ein ökumenisches Dokument vor, das auf der Basis einer intensiven wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Zeugnis der Heiligen Schrift argumentiert und deutlich macht, dass die Vielfalt der unterschiedlichen Traditionen nicht Beliebigkeit, sondern Reichtum bedeutet. Ich wünsche dem Text die würdigende und eingehende Auseinandersetzung, die er verdient und die nötig ist, um sein verheißungsvolles Potenzial fruchtbar zu machen.“

Das Dokument versteht sich als Diskussionsbeitrag für die weitere Beratung der Kirchen über das gemeinsame Abendmahl. Der Ökumenische Arbeitskreis evang. und kath. Theologen beschäftigt sich seit 1946 auf wissenschaftlicher Ebene mit kontroversen theologischen Fragen, um die ökumenischen Entwicklungen zu fördern.

(ideaSpektrum) **Warum die „abrahamische Ökumene“ abzulehnen ist**

Pfarrer Hanna Nouri Josua: Der Preis ist die Aufgabe von Grundüberzeugungen.

In der Bibel gilt Abraham als Stammvater des jüdischen Volkes und als Vorbild für den Glauben von Christen, im Koran ist Abraham der erste und wahre Muslim. Josua zufolge haben einige katholische und evangelische Theologen das Konzept einer „abrahamischen Ökumene“ entwickelt, um religiöse Konflikte weltweit zu entschärfen. Es verlange aber von den Religionsgemeinschaften eine Preisgabe ihrer Grundüberzeugungen, weshalb es für Juden und Muslime, aber auch für die meisten Christen unannehmbar sei und beim interreligiösen Dialog weitgehend unbeachtet bleibe.

Ein dreifaches „Nein“

Josua zufolge ist für Muslime klar, dass nur das Vorbild Mohammeds als Richtschnur für das Leben des Einzelnen und für die gesellschaftliche Ordnung verbindlich und unverhandelbar seien. Erkenntnisse anderer Personen, etwa Abraham, hätten nicht die gleiche Bedeutung. Juden müssten der islamischen Darstellung ihrer Geschichte, Gebräuche und Traditionen widersprechen und darauf bestehen, dass sie als Kinder Abrahams eine besondere Verheißung sowie einen besonderen Segen und Auftrag von Gott erhalten hätten.

Was nicht hinnehmbar ist

Ein drittes „Nein“ zur „abrahamischen Ökumene“ hätten die Kirchen zu sprechen, sagte Josua. Für sie sollte nicht hinnehmbar sein, dass laut dem Koran Jesus Christus weder für die Sünden der Menschen gestorben sei noch seit seiner Auferstehung zur Rechten Gottes sitze, sondern nur als Vorläufer Mohammeds betrachtet werde.

(idea) **Bundesverfassungsgericht: Kirchen kritisieren Urteil zur Sterbehilfe**

Kirchen und Lebensrechtsorganisationen in Deutschland haben Kritik an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geübt, das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe zu kippen. Das Gericht erklärte am 26. Februar, der 2015 eingeführte § 217 des Strafgesetzbuches sei verfassungswidrig. Er verstoße gegen das Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben.

Der Paragraf stellt eine auf Gewinn und Wiederholung angelegte Suizidbeihilfe – wie sie etwa durch manche Vereine geschieht – unter Strafe. Eine Assistenz bei der Selbsttötung durch Angehörige oder Ärzte bleibt erlaubt, wenn sie nicht auf Wiederholung zielt, also auf den Einzelfall beschränkt bleibt. Gegen die Vorschrift hatten unter anderen Ärzte geklagt, die fürchteten, sich strafbar zu machen, wenn sie wiederholt schwerkranken Patienten bei einer Selbsttötung helfen.

Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx (beide München), äußerten in einer gemeinsamen Erklärung, das Urteil stelle „einen Einschnitt in unsere auf Bejahung und Förderung des Lebens ausgerichtete Kultur dar“. Der Umgang mit Krankheit und Tod sei eine fundamentale Frage für die Gesellschaft. Das 2015 beschlossene Verbot der geschäftsmäßigen Hilfe zur Selbsttötung sei eine maßvolle Regelung gewesen, die „die Selbstbestimmung besonders verletzlicher Menschen in ihrer letzten Lebensphase schützen sollte“.

Jetzt sei zu befürchten, dass die Zulassung organisierter Sterbehilfe alte und kranke Menschen auf subtile Weise unter Druck setzen werde, von derartigen Angeboten Gebrauch zu machen. Die Kirchen wollten sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass organisierte Sterbehilfe in Deutschland nicht zum Normalfall werde.

Ehe und Familie

Kinderrechte in das Grundgesetz?

Das Vorhaben der Großen Koalition, über die allgemeinen Menschenrechte hinausgehend gesonderte Kinderrechte im Grundgesetz (GG) zu verankern, wurde ersatzlos von der Tagesordnung des Koalitionsausschusses am 8. März 2020 gestrichen. Der Gesetzentwurf von Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) kann wohl nicht mit den für Grundgesetzänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat rechnen.

Das ist eine gute Nachricht – aus biblischer wie aus familiärer Sicht. Wir haben unsere Bedenken und Argumente Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie dem Bundesjustiz- und dem Familienministerium vorgetragen. Parallel dazu haben wir in unseren InfoBriefen 2019/2 und 2019/3 sowie in einer öffentlichen Erklärung dargelegt, warum die geplante Änderung des GG abzulehnen ist, zumal es in unserem etablierten Recht keine Schutzlücke für Kinder gibt (nachzulesen auf www.lgm-info.de).

Abzulehnen sind gesonderte Kinderrechte im GG, weil diese – wie wir aus Erfahrung wissen - genutzt werden können, das Elternrecht ideologisch motiviert auszuhebeln (z.B. Olaf Scholz, SPD, 2002: "*Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern.*"). Wie real diese Befürchtung ist, erleben wir aktuell beim Widerstand von Eltern gegen Curricula zur Sexualkunde und zum Familienbild an Schulen. Zur Durchsetzung dieser übergriffigen Lehrinhalte nutzt der Staat die Schulpflicht, der Eltern und Kinder nicht ausweichen können. vB

(ideaSpektrum) Staatliche Regelungen wirken sich negativ auf Familien aus

Eine familienfördernde Politik muss alle Konsequenzen von ökonomischen, finanziellen und sozialen Initiativen berücksichtigen. Das hat der Ökonom Prof. Jörg Guido Hülsmann (Frankreich) bei einem Symposium des Aktionsbündnisses für Ehe und Familie „Demo für alle“ am 15. Februar in Böblingen gefordert. Die Tagung stand unter dem Thema „Familie am Abgrund – Ursachen und Auswege“. Vor mehr als 500 Besuchern kritisierte er, dass sich viele staatliche Regelungen negativ auf Ehe und Familie ausgewirkt hätten. Als Beispiel nannte er das deutsche Rentensystem. Früher seien der Zusammenhalt von Familien und die gegenseitige Fürsorge aller Mitglieder selbstverständlich gewesen. Jetzt verlassen sich immer mehr Menschen auf eine staatliche Altersversorgung, anstatt sich selbst für das Heranwachsen neuer Generationen verantwortlich zu fühlen. In seinem Vortrag „Wie der Staat die Familien zerstört“ kritisierte Hülsmann auch, dass die Politik Ehescheidungen erleichtert habe, Abtreibungen akzeptiere und Frauen in die Wirtschaft dränge. Auf der Strecke blieben die Erfordernisse einer Solidargemeinschaft, wie sie Ehe und Familie bildeten.

Selbstverwirklichung ohne Rücksicht

Der Wiener Neurologe und Psychotherapeut Raphael M. Bonelli machte die 68er-Bewegung für die Abwertung der Familien mitverantwortlich. Sie habe die Selbstverwirklichung ohne Rücksicht auf die Folgen gefördert. Es sei ihr um Befriedigung der eigenen Bedürfnisse gegangen, was unter anderem zur Bejahung von Pädophilie

geführt habe. Den Satz „ich bin nun mal so“ nannte der Bestsellerautor „absolut blödsinnig“. Jeder Mensch müsse aus seiner Veranlagung einen eigenständigen Charakter formen. Dazu gehöre, die körperlichen und emotionalen Unterschiede der Geschlechter als sich ergänzend zu akzeptieren. Jeder Mensch habe sich auf seine Fähigkeiten zu konzentrieren. Frauen sollten sich nicht einreden lassen, sie müssten Karriere in einem Beruf machen. Der „Skandal“, dass Vollzeitmütter keine Bezahlung erhielten, müsse beendet werden. Bonelli fragte ferner, was daran schlimm sei, wenn junge Frauen Krankenschwestern und keine Mechaniker werden wollen. Das Argument, soziale Berufe seien schlecht bezahlt, ließe sich durch eine anständige Entlohnung entkräften. Nach Ansicht der Tagungsleiterin, Hedwig von Beverfoerde vergeht in Deutschland „kaum eine Woche“ ohne einen „haarsträubenden Vorschlag“ etwa aus der Politik und den Medien, „um die Familien mindestens indirekt noch weiter in ihrer Freiheit einzuschränken“. Der Direktor des ungarischen Zweiges der Lebensrechtsorganisation Human Life International, Imre Téglásy berichtete, dass die 2010 begonnenen staatlichen Programme erste Wirkungen zeigten. Die Zahl der Hochzeiten habe um 40% zugenommen, seitdem jedes Paar zur Hochzeit 7.000 Euro bekomme. Frauen, die drei und mehr Kinder erziehen, erhielten 30.000 Euro. Dadurch sei, so Téglásy, die Zahl der Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter von 1,26 auf 1,48 gestiegen. Ein Grund für die Förderung sei die in der Bevölkerung verbreitete Angst vor einem „demografischen Winter“. Der Bevölkerungsrückgang könne zwar durch Einwanderung ausgeglichen werden, aber nicht der Verlust der traditionellen Kultur. Das habe bewirkt, dass sich die Regierung das Motto „Wir brauchen Kinder, keine Zuwanderung“ zu eigen machen können.

100 linke Demonstranten

Wie vier vorausgegangene Tagungen der „Demo für alle“ fand auch diese Veranstaltung unter Polizeischutz statt. Den Ordnungshütern gelang es, etwa 100 überwiegend linke Demonstranten fernzuhalten. Auf Plakaten und mit Sprechchören wandten sie sich gegen Homophobie und rechte Hetze. Nach zehn Minuten seien die Störer abgezogen, sagte eine Sprecherin. Das Aktionsbündnis „Demo für alle“ besteht aus rund 30 mehrheitlich christlich geprägten Organisationen, darunter sind die Petitionsplattform CitizenGO, die „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) Baden-Württemberg, mehrere Kreisverbände des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, das „Forum Deutscher Katholiken“ und die Initiative „Zukunft–Verantwortung–Lernen“.

(idea) „Was Gott nicht segnet, kann die Kirche auch nicht segnen“

Das Netzwerk Bibel und Bekenntnis in Württemberg hat eine alternative Handreichung für Kirchengemeinderäte zur Segnung homosexueller Paare veröffentlicht. Sie nimmt Bezug auf eine amtliche Handreichung des württembergischen Oberkirchenrats vom November 2019 und trägt den Titel „Was Gott nicht segnet, kann die Kirche nicht segnen!“.

Wie der Vorsitzende des Arbeitskreises Württemberg innerhalb des Netzwerkes, Pfr. Tobias Eißler idea mitteilte, sind in den kirchlichen Medien „überwiegend die befürwortende Haltung ‚pro Homo-Segnung‘ mitsamt den einschlägigen Argumenten präsentiert“ worden.

Der Theologe Christian Herrmann sagte idea, dass man mit der Handreichung „die Gemeinde in der Auseinandersetzung ‚argumentationsfähig machen‘ wolle. Im Sinne der Reformation solle die Bibel ‚gemäß Gott, der redet, nicht gemäß dem

Menschen, der empfängt, ausgelegt werden“. Zwar stelle auch die amtliche Handreichung des Oberkirchenrats fest, dass die Homo-Segnung sich nicht auf die biblische Begründung der Trauung berufen könne, dennoch werde festgestellt: „Paar und Einzelperson werden bei der Segnung faktisch nicht unterschieden.“ Der Beschluss der Landessynode vom März 2019, Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare zuzulassen, sah dagegen diese Unterscheidung ausdrücklich vor.

Die unbequeme Frage nach der Wahrheit

Herrmann führte gegenüber idea weiter aus, dass die Handreichung des Oberkirchenrats ein „abstraktes Liebesprinzip“ gegen den „Wortlaut der Schrift in Stellung“ bringe. Das erinnere stark an 1. Mose 3,1, wo die Schlange Eva frage: „Sollte Gott gesagt haben?“. Deshalb dürfte hierfür ein neues, nicht mehr theologisch begründetes Verständnis von Kirche grundlegend sein. Die Kirche solle demnach für die „gegenseitige Akzeptanz der Menschen sorgen, zum gesellschaftlichen Frieden beitragen“ und die „Lebensabschnitte mit Ritualen“ begleiten.

Der Text des Netzwerks „Bibel und Bekenntnis“ entlarve diese neuen theologischen Erkenntnisse „als Ausdruck kirchlicher Furcht vor mangelnder Akzeptanz durch die Gesellschaft“. Die alternative Handreichung wolle dagegen die Seelsorge von „homo- oder transsexuell“ empfindenden Menschen intensivieren und trage mit der „unbequemen Frage nach Wahrheit und Ewigkeit“ zur Orientierung bei. Sie diene der Verantwortung für das „in diesem Sinne Heilsame“.

(idea) Mehrheit der Deutschen findet Familie jetzt wichtiger

Für die Mehrheit der Deutschen (57%) ist die Familie in der Corona-Krise wichtiger geworden. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere im Auftrag von idea. Für 29% der Befragten ist das nicht der Fall. 15% wissen nicht, wie sie dazu stehen, oder machten keine Angabe. Besonders ältere Menschen gaben an, dass die Familie in der aktuellen Situation an Bedeutung gewonnen hat: Bei den über 60-Jährigen stimmten 63% dieser Aussage zu, bei den 18- bis 29-Jährigen waren es 48%. Befragte mit einem Haushaltseinkommen von mehr als 4.000 Euro bekannten sich deutlich häufiger zu einem gesteigerten Familiensinn (63%) als Umfrageteilnehmer mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 1.000 Euro (47%). Besonders viele CDU/CSU-Wähler (67%) gaben an, die Familie sei ihnen jetzt wichtiger, Anhänger von SPD 59%, Linken 57%, Bündnis 90/Die Grünen 56%, AfD 54%, FDP 48%.

Kampf für ungeborene Kinder

(div) Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen

Polens Parlament hat in erster Lesung ein Gesetz angenommen, das Abtreibung verbietet. Der Sejm berät nun in Ausschüssen darüber. Im kommunistischen Polen waren Abtreibungen seit 1956 legal. Seit 1993 hat das Land nach einer Kampagne der katholischen Kirche eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas: Abtreibung ist offiziell nur bei Schädigung des Fötus, bei Gefahr für die Frau und nach Inzest oder Vergewaltigung erlaubt. Offiziell registrieren die Behörden jährlich gut 1.000 Abtreibungen. Die echte Zahl liegt vermutlich um ein Vielfaches darüber.

Aufgelesen

(div) **Corona und Gottesdienste**

Um den 7./8./9. Mai herum wurde in Zeitungsanzeigen der Bayerischen Staatsregierung, sowie in den Printmedien und auf allen Fernsehkanälen informiert über die Lockerungen der corona-bedingten Beschränkungen für Läden und Einkaufszentren, Schulen und Kitas, Krankenhäuser und Pflegeheime, Gaststätten und Hotels, Kultur und Reisen, Breitensport und Bundesliga. Vielsagend ist, dass die ebenfalls wieder zugelassenen Gottesdienste nicht erwähnt wurden, als ob sie irrelevant seien. Das überrascht nicht, da die großen Kirchen - abgesehen vom nachhaltigen Widerstand der katholischen Kirche gegen Abtreibungen – kaum mehr als Korrektiv zu bibelwidrigen Entwicklungen in unserer Gesellschaft wahrgenommen werden. Das sollte zu denken geben, ob unsere zeitgeist-affine Amtskirche den richtigen Weg weist.

So könnte die CoronaKrise auch als Weckruf in unserer Missionsbranche verstanden werden. vB

(idea) **Jeder Dritte für Erlaubnis von Hausunterricht**

Fast jeder dritte Bundesbürger (32%) ist der Meinung, dass Hausunterricht (Home-schooling) in Deutschland generell erlaubt werden sollte. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere im Auftrag von idea. In Deutschland ist es wegen der allgemeinen Schulpflicht verboten, Kinder selbst zu unterrichten. Die Hälfte der Befragten sprach sich dagegen aus, das zu ändern. 18% wissen nicht, wie sie dazu stehen, oder machten keine Angabe. Die mit Abstand größte Zustimmung zu einer Erlaubnis des Hausunterrichts gibt es bei den Befragten, die einer Freikirche angehören: 58% sind dafür, 27% sind dagegen. Bei landeskirchlichen Protestanten sind 30% dafür (56% dagegen), bei Katholiken 32% dafür (51% dagegen). In keinem politischen Lager gibt es eine Mehrheit für die Lockerung der Schulpflicht.

Literaturhinweis

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten** innerhalb Deutschlands):

€ 10,45 im Heft-Abo (gedruckte Ausgabe)

€ 7,50 im Digital-Abo (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 11,45 im AboPlus (Heft und digitale Ausgabe)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können *ideaSpektrum* **kostenlos** jetzt **drei Wochen** gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

(06441) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken den Freunden, die mit ihren Spenden z.T. seit vielen Jahren die Herausgabe des InfoBriefes ermöglichen, und damit einen für Viele wichtigen Dienst in unserer Kirche unterstützen.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

Zum Nachdenken

Christi Weg war ein Weg des Leides und der Leiden
 Qui pro nobis spinis coronatus est
 (Der für uns mit Dornen gekrönt wurde)

Kein Mensch ist Christ ganz allein, für sich selbst, immer ist man es in Beziehung und Verbindung mit dem Anderen, in der Offenheit für eine erwünschte und großmütig akzeptierte Differenz (Michel de Certeau, SJ)

Zum Datenschutz

Wenn Sie aus unserem Verteiler gestrichen werden möchten, bitten wir um Mitteilung per Post, per E-Mail oder telefonisch an eine der Adressen im Impressum.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V. herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes). Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller kostenlos nachbestellt werden.